

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 34 / 41. Jg.

24. Aug. 1928

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. inkl. Zustellung pro Monat. Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 1.— Mk.

**Redaktion:**

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 — Druck und Expedition  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beizagen nach Übereinkunft. — **Zuschriften an die Expedition erbeten.** **Postvertragsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

## An die Mitglieder des Verbandes!

### WERTE KOLLEGEN!

Der Verbandstag hat als Sitz des Verbandes wiederum Berlin bestimmt. Die Berliner Mitgliedschaft hat die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Verbandsvorstandes vollzogen. Damit kann dieser seine Tätigkeit beginnen.

Für die rückliegende Führung des Verbandes und die Erledigung der vielverzweigten Arbeiten hat der Verbandstag ohne Gegenstimme das Vertrauen ausgesprochen und manderlei Fortschritte festgestellt. Diese zu erreichen war nur möglich durch treue Hingabe der vielen zentralen, bezirklichen, örtlichen und betrieblichen Funktionäre an unsere Sache. Für diese mühevoll und selbstlose Arbeit im Dienste der Gesamtheit sprechen wir unsern Dank aus. Wir übertragen denselben auch auf alle Mitglieder, die guten Willens sind und zum Ganzen streben.

Der Verbandsvorstand als Sachwalter der Kollegeninteressen wird diese auch in der Folge um so eindringlicher vertreten können, je treuer die Mitarbeit ist und je einheitlicher wir im Wollen sind. Darum frisch und fest ans Werk!

### Der Verbandsvorstand:

Brahtz, Hänlein, Haß, Hehr, Heindorff, Henseke, Herbst, Klahn, Laib, Lange, Lawetzky, Leinen, Liegener, Reinhöft, Thomsen.

### Tarifparteien, Tarifvertrag und Werkvereinbarung.

Die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse auf tariflicher Grundlage gewinnt trotz des von den Unternehmern entgegengesetzten Widerstandes fortgesetzt weitere Verbreitung. Nach dem Bericht des Statistischen Reichsamts waren am 1. Januar 1927 insgesamt 7490 Tarifverträge im Deutschen Reich in Kraft, die 807 300 Betriebe mit 10 97 Millionen Arbeitnehmern erfaßten. Wie groß die Fortschritte sind, die auf dem Gebiete des Tarifwesens gemacht wurden, zeigen die Verhältnisse vor dem Kriege. Im Jahre 1913 waren 10 885 Tarife vorhanden, deren Wirksamkeit sich auf 143 088 Betriebe mit 1 398 597 Arbeitnehmer erstreckte. Die Zahl der Tarife hat sich also in zwischen nahezu um ein Drittel vermindert. Dagegen ist die Zahl der tarifmäßig erfaßten Betriebe um über das Fünffache und die der unter die tarifliche Regelung fallenden Arbeitnehmer um mehr als das Siebenfache gestiegen. In welchem Umfange die tarifliche Regelung die Arbeitsverhältnisse beeinflusst, geht daraus hervor, daß sie sich bereits auf 61,3 Proz. sämtlicher durch die Berufszählung von 1925 festgestellten Arbeitnehmer erstreckt. Hierbei sind die Arbeiter mit 64,7, die Angestellten mit 47,1 v. H. ihrer Berufsgenossen beteiligt.

Von dem am 1. Januar 1927 geltenden Tarifen waren 79 Reichstarife mit 13 v. H., 2752 Bezirkstarife mit 77,5 v. H., 2160 Ortstarife mit 5,8 v. H. und 2499 Firmentarife mit 3,7 v. H. aller tarifbeteiligten Arbeitnehmer. Hiernach ist festzustellen, daß den Bezirkstarifen die überwiegende Bedeutung zukommt. Auf sie entfallen mehr als drei Viertel aller tarifbeteiligten Betriebe wie Arbeitnehmer. Zunächst stehen ihnen die Reichstarife an Bedeutung, die 10 v. H. der Betriebe und 13 v. H. der Arbeitnehmerschaft umfassen. Die verhältnismäßig geringere Verbreitung der Reichstarife erklärt sich daraus, daß ihrer Anwendungsmöglichkeit bei gewissen Berufen und Gewerbegruppen erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Dennoch ragen sie in ihrer Bedeutung wesentlich über die Orts- und Firmentarife hinaus, deren Zahl im langsamen aber ständigen Abnehmen begriffen ist. Letztere kommen in der Hauptsache nur für solche Bezirke in Betracht, wo die tarifliche Entwicklung für eine allgemeinere Regelung noch nicht reif ist. Vor allem gilt dies für die Firmentarife, die zurzeit noch als ein nicht vermeidbares Behelfsmittel zu betrachten sind. Wir haben es hiernach mit einer Entwicklung zu tun, die wie bei der Wirtschaft mit ihrer Zu-

sammenfassung der industriellen und gewerblichen Betriebe, auf eine Konzentration des Tarifwesens hinausläuft. Es ist das ein selbstverständlicher und durchaus natürlicher Vorgang. Um so eigenartiger berührt das Verhalten der Unternehmer. Sie sind zum großen Teile Feinde des Tarifwesens und ihre Bestrebungen gehen nicht nur darauf hinaus, diese Entwicklung zu hemmen, sondern sie in eine rückläufige zu verwandeln. Deshalb ist auch der Zweck ihrer Bestrebungen, das Tarifwesen zu zersplittern und so bedeutungslos zu machen. Gelänge diese Absicht, so wäre es mit der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse vorbei. Als geeignete Mittel zur Verminderung des Tarifwesens betrachten die Unternehmer die Betriebs- oder Werksvereinbarung. Der ihren Bestrebungen zugrunde liegende Plan ist ebenso raffiniert wie einfach. Er läuft darauf hinaus, die Unternehmerverbände ihrer Tariffähigkeit als Vertragsparteien zu entkleiden und vorübergehend aufzulösen. Alsdann bleiben nur noch die einzelnen Betriebsunternehmer als Tarifpartei übrig. Diese sollen sich jedoch mit den Gewerkschaften nicht in Tarifverhandlungen einlassen, sondern mit für die einzelnen Betriebe zu gründenden Werkvereinen Betriebs- oder Werksvereinbarungen abschließen. Auf diese Weise wären die Gewerkschaften kaltgestellt. Tarifverträge kämen nicht mehr zustande. Zugleich wäre die Grundlage für Zwangstarife beseitigt, weil bei den einzelnen Betriebsstarifen kein öffentliches Interesse vorliegen würde, um sie für verbindlich zu erklären.

Wenn die Unternehmer derartige Pläne auskügeln, so wird von ihnen auch versucht, sie durchzusetzen. Das ist auch in verschiedenen Fällen geschehen. Als Beispiel für das Vorgehen der Unternehmer kann hierfür ein Vorgang aus der württembergischen Zementindustrie dienen. Für diese bestand ein Manteltarif aus dem Jahre 1925. Beteiligt hieran waren neben dem Verband der Zementindustriellen drei Gewerkschaften. In dem Tarifvertrag war die Schichtarbeit noch auf 72 Stunden wöchentlich festgesetzt. Nach Inkrafttreten des Arbeitszeitnotgesetzes kündigten die Arbeiterverbände das Abkommen und unterbreiteten neue Vorschläge. Sie erhielten die Antwort: der Arbeitgeberverband habe sich aufgelöst und von den einzelnen Firmen würden die gestellten Forderungen abgelehnt, weil sie sich durch Werkvereinbarungen mit ihren Arbeitern über die Regelung der Löhne und Arbeitszeit geeinigt hätten. Ein von den Arbeiterverbänden beantragtes Schlichtungsverfahren führte zu keiner tariflichen Regelung. Dagegen leitete auf ihren Antrag der

Reichsarbeitsminister gemäß § 12 Abs. 3 der 2. Ausführungsverordnung zur Schlichtungsordnung ein neues Schlichtungsverfahren ein und wurde hierfür ein besonderer Schlichter bestellt.

Die Schlichterkammer kam zu dem Beschluß, daß die in Frage kommenden Gewerkschaften aus eigenem Recht befugt seien, den Abschluß von Tarifverträgen mit den betroffenen Firmen zu verlangen. Das Vorhandensein von Verträgen mit Werksgemeinschaften bilde keinen Anlaß, von der Fällung eines Schiedsspruches abzusehen. Die hierauf gefällten Schiedssprüche setzten denn auch vom 1. März 1928 an Stelle der bisherigen zwei Schichten drei fest. Sie wurden, da die Unternehmer diese Regelung ablehnten, vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt. Der Reichsarbeitsminister begründete die Verbindlichkeitserklärung damit, daß die Einführung des Dreischichtenbetriebs der Billigkeit entspreche, ferner die Vereinbarungen mit den Werkvereinigungen nicht als Tarifverträge im Sinne der Tarifordnung vom 15. 12. 1918 und der Arbeitszeitverordnung angesehen werden könnten, da Werkvereine keine tariffähigen Vereinigungen seien. Die Tariffähigkeit einer Arbeitnehmervereinigung setze nicht nur voraus, daß letztere sich die Aufgabe gestellt habe, Tarifverträge abzuschließen, sondern vor allem auch, daß sie fähig sei, als sozialer Gegenspieler der anderen Tarifvertragspartei zu wirken, wozu sie von dieser völlig unabhängig sein müsse. Diese Voraussetzung sei aber bei den Werkvereinen nicht erfüllt.

Diese Entscheidung hat bei den Unternehmerverbänden begriffliche Erregung hervorgerufen. Werden doch dadurch ihre Absichten, von den Gewerkschaften, den Tarifverträgen sowie der ihnen verhafteten zwangstariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse loszukommen, vereitelt. Es hat deshalb an Angriffen gegen die Entscheidung des Reichsarbeitsministers nicht gefehlt. Diese sind aber gegenstandslos, weil die Entscheidung dem geltenden Tarifrecht entspricht. Hierin wird auch für die Folge keine Änderung eintreten dürfen. Die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse hat eine so überwiegende Verbreitung gefunden, daß diese Entwicklung ohne die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen nicht mehr rückgängig zu machen ist. Sie muß und wird weiter vorwärtsschreiten, bis zur restlosen Einbeziehung aller industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer.

Auch den Gewerkschaften wäre es erwünscht, wenn die kollektive Regelung des Arbeitsvertrags auf freier Grundlage, ohne behördlichen Zwang erfolgen könnte. Daß es bisher nicht möglich war,

liegt nur bei den Unternehmern, die noch immer nicht begreifen können, daß die Zeit, wo sie den Arbeitnehmern die Bedingungen des Arbeitsvertrags diktiert, unaufrichtig vor sich ist. Eigentlich sollte ihnen dieses Begreifen nicht schwer fallen, müssen sie doch auf der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung ersehen, daß die Wirtschaft die Willkür des einzelnen nicht mehr duldet, Warenerzeugung und Warenverteilung in immer stärkerem Maße kollektiven Charakter annehmen. Unter diesen Umständen kann die Wirtschaft nicht darauf verzichten, gegen ihre Fort- und Höherentwicklung aufsässige Elemente Zwang anzuwenden, so unangenehm er auch in seinen Wirkungen sein mag. Diesen Zwang auf ein erträgliches Maß herabzusetzen und seine Anwendung möglichst zu beschränken, liegt sowohl im Interesse der Unternehmer wie der Arbeitnehmer. Soll aber ein Zwang vermieden werden, so ist neben dem erforderlichen sozialen Verständnis der Wille zur Verständigung und wirtschaftliches Verantwortungsfühl notwendig. Das sind freilich Eigenschaften, die dem deutschen Unternehmertum nur noch zu sehr fehlen. Im anderen Falle könnte manches anders und besser sein.

## Verbesserte Krisenfürsorge.

Bereits in der Regierungserklärung, in dem Kapitel über die Sozialpolitik, wurde auf den Ausbau der Krisenfürsorge verwiesen. Im Sozialen Ausschuß des Reichstages wurden dann die Fragen des Ausbaues erörtert und ihre sofortige Erweiterung in einer Entschließung, die unter der Führung der SPD. eingereicht worden ist, verlangt. Die Entschließung sah folgende Punkte vor:

1. Der Personenkreis der Krisenfürsorge soll auf die Lohnarbeit wechselnder Art ausgedehnt werden.
2. Je nach Lage des Arbeitsmarktes sollen noch weitere Berufsgruppen erfaßt werden.
3. Bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Ausdehnung auf alle Arbeitslosen erfolgen.
4. Die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge soll im allgemeinen auf 39 Wochen, für die älteren Arbeiter und Angestellten darüber hinaus verlängert werden. Bereits ausgesteuerte Arbeitslose sollen wieder entsprechend eingereicht werden.
5. Die Bedürftigkeitsprüfung soll nach neuen Grundsätzen geregelt werden. Über diese Entschließung konnte auch noch, bevor der Reichstag in die Ferien gegangen ist, vor dem Plenum verhandelt werden. Die Entschließung ist dann auch im Reichstag angenommen worden.

Interessieren dürfte dabei, welche Stellung der neue Reichsarbeitsminister zu dem Ausbau der Krisenfürsorge eingenommen hat. Wissell legte im Sozialen Ausschuß wie im Reichstag seinen Standpunkt dar. Er gedachte vorerst an den Vorschritten festzuhalten, die sein Amtsvorgänger erlassen hat. Sobald aber in einzelnen Berufsgruppen nicht nur örtlich begrenzte Notstände auftauchen, so werde er diese Berufsgruppen für das ganze Reich in die Krisenfürsorge mit einbeziehen. Es sei ihm ein Bedürfnis, den notleidenden Volksgenossen, die Objekte der Entschließung sind, diejenige Fürsorge zuzuwenden, die irgend möglich ist.

Lz. P.

## 14. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB. begann in der 14. Sitzung am 30. Juni seine Arbeiten mit der Beratung einer Entschließung über die *Anerkennung der Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig*

im Sinne der Unfallversicherung. Die Entschließung wurde nach einer Erläuterung ihres Zweckes durch den Vorsitzenden, Genossen Leipart, und kurzer Debatte einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Von den zahlreichen Berufskrankheiten, die als Arbeitsrisiko in gleicher Weise wie Unfälle das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft bedrohen, sind nur 11 durch die Verordnung des RAM. vom 12. 5. 1925 als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Unfallversicherung einbezogen worden. Obwohl der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats noch eingehender Vernehmung von Gutachtern 10 weitere Berufskrankheiten (darunter die Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Mangan, gewerbliche Hautkrankheiten, Taubheit und Schwerhörigkeit in Lärmbetrieben, Erkrankungen durch Preßluftwerkzeuge und Staublungenkrankungen in der Steinindustrie, im Bergbau und in der Metallindustrie und in Thomasschlackenbetrieben) zur Aufnahme in die genannte Verordnung empfohlen hat, ist die Gleichstellung dieser Berufskrankheiten mit den entschädigungspflichtigen Unfällen noch nicht erfolgt.“

Der Bundesausschuß des ADGB. erwartet vom Reichsarbeitsminister die Erweiterung der Verordnung vom 12. Mai 1925 zunächst um diejenigen Berufskrankheiten, die der Reichswirtschaftsrat zur Gleichstellung mit den Unfällen empfohlen hat. Darüber hinaus fordert der Bundesausschuß die Anerkennung aller Krankheiten, die überwiegend durch Berufsarbeit verursacht sind, als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten.

Ferner erwartet der Bundesausschuß, daß auch die Durchführung der Verordnung den berechtigten Interessen der Versicherten Rechnung trägt, wie es in einer Eingabe des Bundesvorstandes am 28. Oktober 1927 den zuständigen Regierungsstellen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Begutachtung der Berufskrankheiten vor den Versicherungssämtern durch Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften und wirtschaftliche von den Unternehmern abhängige Fabrikärzte hat nachweislich Mängel gezeigt. Es sollen daher bei der Durchführung der Verordnung nötigen Begutachtung in erster Linie beamtete Ärzte, die die nötigen Fachkenntnisse besitzen, herangezogen werden. Diese erscheinen durch ihre amtliche Stellung, die für ihre Objektivität und Freiheit von wirtschaftlichen Interessen bürgen muß, geeignet, das entschwundene Vertrauen der Arbeiterschaft zu der genannten Verordnung wieder herzustellen.“

Die Sitzung war vornehmlich einberufen worden, um die dem Hamburger Gewerkschaftskongreß vorzulegenden Entschließungen und Anträge zu beraten. Insbesondere waren, führte Leipart, die Erörterungen hierüber einleitend, aus, Vorarbeiten nötig zur Klärung des Begriffs der Wirtschaftsdemokratie und zur Erkenntnis der Wege und Möglichkeiten zu ihrer Durchführung. Da der Punkt „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ der wichtigste Beratungsgegenstand des Kongresses sein werde, müsse die Frage auch vom Ausschuß vordringlich behandelt werden. Genosse Naphtali von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik habe es übernommen, über die Vorarbeiten zur Erledigung dieses Punktes der Kongreßtagungsordnung zu berichten.

Nachdem auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß zum ersten Male das

### Problem der Wirtschaftsdemokratie

angeschnitten worden war, führte Naphtali aus, ist die Diskussion darüber nicht verstummt. Aber es zeigte sich bald, daß von dem Breslauer Gewerkschaftskongreß zwar eine Fülle von Anregungen ausgegangen ist, daß aber die Klarheit über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie, über die Stellung, die ihr innerhalb der Theorie und der Praxis der Arbeiterbewegung zukommt, im besonderen auch über ihr Verhältnis zum Sozialismus, noch in weitem Umfange fehlte. Aus dieser Erkenntnis ist der Wunsch entstanden, auf dem Hamburger Kongreß weiterzuarbeiten an der Klärung der Auffassungen über dieses Gebiet. Zur Vorbereitung wurde eine Gemeinschaftsarbeit über die Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, ihren Weg und ihr Ziel fertiggestellt, in der der Versuch gemacht wird, sowohl theoretisch die Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie für die Ideenwelt der Arbeiterschaft darzulegen, als auch vor allen Dingen die praktischen Ansätze einer Demokratisierung der Wirtschaft darzustellen, die man auf Grund der modernen Entwicklung des Kapitalismus und auf Grund der Einwirkung der wachsenden Macht der Arbeiterbewegung auf die Wirtschaftsstruktur erkennen kann. Das wesentliche Ergebnis der theoretischen Klärung geht dahin, daß die Aufstellung der Forderung der Wirtschaftsdemokratie durch die deutschen Gewerkschaften für sie weder einen Verzicht auf das sozialistische Ziel, noch einen Ersatz für den Sozialismus bedeutet, sondern eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt praktisch zum Ausdruck in einer ständig verstärkten Durchsetzung eines Gemeininteresses gegenüber dem Privatinteresse, in der Einschränkung der Alleinherrschaft der Unternehmer durch die Verfügung über die Produktionsmittel, der über all der Gedanke der Mitbestimmung gegenübertritt und schließlich in der Tendenz zur Schaffung einer neuen Verteilungsordnung, die vor allen Dingen im Ausbau der Sozialversicherung seinen Ausdruck findet. Wenn wir die Entwicklung der modernen Wirtschaft und des Rechtes überschauen, wenn wir die Wandlung des Arbeitsrechts, die Wandlung der Wirtschaft von der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus, das ständige Wachstum der öffentlichen Betriebe und das Vordringen der Eigenwirtschaft der Arbeiterbewegung, das in den Konsumgenossenschaften und in den eigenen gewerkschaftlichen Betrieben seinen Ausdruck findet, überblicken, so können wir, ohne uns irgendwelchen Illusionen über das Erreichte hinzugeben, doch sagen, daß zum großen Teil in Verbindung mit der Machtbildung der Arbeiterbewegung sich die Tendenzen einer Demokratisierung der Wirtschaft deutlich abzeichnen. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, ihrem sozialistischen Ziel getreu die Entwicklung überall dort vorwärts zu treiben, wo wir die Ansätze zur Demokratisierung, die Ansätze zum Wachstum einer neuen Wirtschaft erkennen können. So entspricht es der gegenwärtigen Entwicklungsstufe, daß wir versuchen,

den Weg zum Sozialismus in einzelnen klarer zu erkennen, als einen Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Leipart bemerkt zu dem Referat Naphtalis, wichtig sei, daß die Untersuchung über die Frage das Ergebnis gebracht habe, daß Demokratisierung

der Wirtschaft kein Schlagwort sei, welches lediglich Hoffnungen erwecke, sondern eine konkrete Gegenwartsaufgabe. In dem dem Ausschuß vorliegenden Entwurf zu einer Entschließung sei an Stelle des Wortes „Wirtschaftsdemokratie“ der Ausdruck „Demokratisierung der Wirtschaft“ getreten. Darin komme zum Ausdruck, daß nicht ein Tatbestand, sondern ein Wachstumsprozeß den Inhalt des Problems darstelle.

In der Diskussion wurde anerkannt, daß die vorbereitenden Arbeiten über die Frage der Wirtschaftsdemokratie einen erfreulichen Fortschritt in der Klärung dieses Begriffes geschaffen haben. Auch der Gedankengang des Entschließungsentwurfs wurde gebilligt; im einzelnen wurden von den Diskussionsrednern Änderungen des Wortlautes vorgeschlagen. Was man heute sehen könne an Tendenzen der Entwicklung der ökonomischen Ordnung, die in der Linie zur Demokratisierung der Wirtschaft verlaufen, sei in den getroffenen Vorarbeiten aufgezeigt worden. Es war besonders notwendig, herauszuarbeiten, daß die gesamte Leistung der Gewerkschaften auf allen Einzelgebieten ihres Wirkungskreises Ansätze zur Demokratisierung der Wirtschaft geschaffen habe und fernerhin hervorbringe. Daß die Herausarbeitung dieses Gesichtspunktes durch die geleistete Vorarbeit gelungen sei, sei vor allem zu begründen.

Die endgültige Redaktion des im allgemeinen gebilligten Entwurfs der Entschließung wurde dem Bundesvorstand überlassen.

Zur Beratung stand sodann die Entschließung zur Frage der

### Verineitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.

Hermann Müller erläuterte den vorliegenden Entwurf zu dieser Entschließung. Die Selbstverwaltung bestehe nur in der Krankenversicherung, aber nicht in der Unfallversicherung. In der Reichsversicherung wird dagegen eine maßgebende Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung aller Zweige der sozialen Versicherung in Aussicht gestellt. Dieses Verfassungsversprechen muß verwirklicht werden. Auch unsere Forderungen zur Reform der Arbeitsaufsicht müssen durch den Kongreß stärker in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt werden. Bei der Besetzung der Posten in den Selbstverwaltungskörpern müsse das jetzt zur Bestellung der Arbeitsrichter eingeführte Verfahren Anwendung finden, nach dem die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Selbstverwaltungsorganen auf Vorschlag der beiderseitigen wirtschaftlichen Vereinigungen zu bestellen sind. — Auch dieser Entschließungsentwurf fand die Zustimmung des Ausschusses.

Zur Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses lag weiter vor der Entwurf für eine Entschließung über die

### Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.

Otto Hebler, der Bildungssekretär des Bundes, bemerkte hierzu erläuternd, daß auf die Aufstellung konkreter Forderungen für das Volksschulwesen und das Berufsschulwesen nicht verzichtet werden könne. Die Gewerkschaftsbewegung müsse dem Volks- und Berufsschulwesen, seiner grundlegenden Bedeutung für die Arbeiterbildung entsprechend, ein tätiges Interesse entgegenbringen. Die Forderungen zu diesen Zweigen des nationalen Schulwesens, die Hebler im einzelnen kurz begründet, bilden den ersten Teil der Entschließung, deren zweiter Teil sich auf das gewerkschaftliche Bildungswesen bezieht. Die Entschließung wird ihre Ergänzung finden durch ausführlichere Leitsätze zu den Bildungsaufgaben der Gewerkschaften, denen der Bundesausschuß seine Zustimmung erteilte.

Ferner lagen dem Bundesausschuß Entwürfe zu Entschließungen vor, die von der Arbeitsmarktpolitik handeln und Forderungen zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht sowie zum Jugendschutz erheben. Die Entwürfe wurden vom Bundesausschuß im allgemeinen gebilligt, in Einzelheiten abgeändert oder ergänzt. Zur Frage der Arbeitsmarktpolitik wird in der Diskussion mit großem Nachdruck die Forderung erhoben, daß die Berechtigung zum Bezug der Krisenunterstützung ausgedehnt werde auf die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Beratung der vom Bundesvorstand vorgelegten Entwürfe war damit erledigt. Vom Bundesausschuß wurden sodann noch einige weitere Anträge, die den Gewerkschaftskongreß beschäftigen werden, vorberaten.

## Der Verbandstag der Buchbinder und Papierverarbeiter.

I.

Vom 5. bis 10. August hielt der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands seinen 16. Verbandstag in Düsseldorf ab. Die Begrüßungsfeier der Delegierten fand am Sonntagabend in der städtischen Tonhalle statt. Die Tonhalle ist ein schönes großes Tagungsort, das die Stadt Düsseldorf solchen Veranstaltungen zur Verfügung stellen kann. Der Rahmen dieser Feier

war zwar etwas weit gesteckt, die Feier selbst wird aber den Teilnehmern eine schöne Erinnerung bleiben. Der Vorsitzende, Kollege Hauelsen, betonte mit Recht in seiner Begrüßungsrede, daß die Harmonie, die an diesem Abend herrschte, auch auf die Verhandlungen übertragen werden sollte, da dann die Verhandlungen für alle Mitglieder von großem Nutzen sein würden.

Dieser Veranstaltung war eine Vorbesprechung vorausgegangen, an der alle Delegierten des Verbandes teilnahmen. Es ist im Verband der Buchbinder üblich, daß dort im größeren Kreis festgelegt wird, was in den übrigen Verbänden sonst nur Verbandsvorstand und Beirat beraten. In dieser Vorbesprechung gab es eine Auseinandersetzung darüber, wer den Verbandstag leiten soll. Während in fast allen Verbänden der Vorsitzende des Verbandes gleichzeitig Vorsitzender des Verbandstages ist, war es im Verband der Buchbinder jahrzehntelang üblich, daß Kollege Brückner als ehrenamtliches Verbandsvorstandsmitglied die Verbandstage leitete. Da er jetzt erkrankt war, sollte versucht werden, den allgemeinen üblichen Modus einzuführen. Das mißlang aber. So führte der Ausschußvorsitzende, Kollege Zinke, den Verbandstag. Ihm zur Seite stand der Gauleiter des Bezirkes, Kollege Groenhoff.

Der erste Verhandlungstag begann am Montag, dem 6. August mit einer Eröffnungsrede des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hauelsen. Er widmete gleichzeitig den verstorbenen Verbandsmitgliedern einen warmen Nachruf und begrüßte dann die Gäste. Es waren anwesend ein Vertreter des Regierungspräsidenten der Rheinprovinz sowie ein Vertreter der Stadtverwaltung Düsseldorf. Vom ADGB war Kollege Eggert (Berlin) erschienen. Von den graphischen Verbänden erschienen für die Buchdrucker der Vorsitzende, Kollege Seitz, von unserm Verband Kollege Haß und vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter Kollege Hornke. Außerdem konnte Kollege Hauelsen zahlreiche ausländische Vertreter der Bruderverbände begrüßen. Als internationaler Sekretär nahm Kollege Hochstrasser teil. Außerdem waren folgende Länder durch Delegierte vertreten: Belgien, Dänemark, Holland, Norwegen, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien. Der Verbandstag war besucht von 77 Delegierten des Verbandes, darunter 9 weiblichen.

Nach den üblichen Begrüßungsreden erstattete der Verbandsvorsitzende, Kollege Hauelsen, den Geschäftsbericht. Die Ausführungen waren nur eine mündliche Ergänzung zu den drei umfangreichen Jahresberichten der letzten Geschäftsperiode. Er hob nur noch besonders hervor, daß der Verband sich seit dem Hamburger Verbandstage weiter kräftig entwickelt hat. Der Mitgliederstand ist auf 53 187 gestiegen. Es sind vorhanden 17 368 männliche und 35 819 weibliche Mitglieder. Der Verband hat in der Berichtsperiode in der Krisenzeit eine große Arbeitslosenzahl gehabt. Es waren 14,6 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg sogar auf 42,2 Proz. Es war in der Krisenzeit also nur ein Drittel der Verbandsmitglieder voll beschäftigt. Der Vorsitzende beklagte dann noch, daß trotzdem 58 000 Neuaufnahmen in der Berichtsperiode erfolgt sind, die Zahl der Mitglieder nicht wesentlich gestiegen ist; es müsse also noch viel Arbeitskraft verwendet werden, um die Fluktuation im Verbandsstand zu überwinden. Er behandelte dann noch die Wiedervereinigung mit der kommunistischen Sonderorganisation in Berlin und zeigte, wie durch diese Aktion nur ein Scherbenhaufen übrig geblieben ist.

Dann erstattete Kollege Lender den Kassenbericht und betonte mit Befriedigung die Entwicklung in der Berichtsperiode. Das Vermögen von 755 000 Mk. im Jahre 1925 ist auf 2 1/2 Millionen gestiegen. Er verlangte, daß dadurch nicht große Ansprüche zur Befriedigung höherer Unterstützungen hergeleitet werden könnten.

Für den Verbandsausschuß berichtete Kollege Zinke (Leipzig). Er bezog sich hauptsächlich auf den gedruckten Bericht und empfiehlt nur für die Opfer der Bewegung in Brieg Weitherzigkeit zu üben.

Es wurde dann auf Beschluß des Verbandstages mit dem Punkt 1 der Tagesordnung Punkt 8 verbunden, der das Zusammenwirken mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen behandelt. Kollege Hauelsen, der auch hier Berichterstatter war, stellte fest, daß das Verhältnis zum ADGB und den graphischen Verbänden als auch mit der Internationale ein freundschaftliches sei und wünschte auch hier die Anerkennung für die geleistete Arbeit.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht kamen 18 Delegierte zum Wort. Nur 3 Vertreter, die sich Kommunisten bezeichneten, erhoben Einwände und protestierten in langen schriftlichen Erklärungen gegen die Arbeiten der Verbandskörperschaften. Im übrigen wurden nur wenige Einwände gemacht. In der Hauptsache wurden nur Wünsche für die Zukunft geäußert.

Gegenüber den Vorwürfen, die gegen den Bundesvorstand des ADGB und seine Arbeit erhoben worden sind, entgegnete Kollege Eggert. Er hielt den kommunistischen Kollegen vor, daß der russische Führer Bucharin vor kurzer Zeit erklärt habe, daß ein Wandel der Taktik einzutreten habe

bei objektiv veränderten Wirtschaftsverhältnissen. Er ging dann auf die Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Rationalisierung ein und verwies auf die Überflutung des deutschen Inlandmarktes mit Gütern des Auslandes und fügte mit Betonung hinzu, daß, wenn Deutschland nicht rationalisieren würde, wir eine furchtbare Niederlage in der Weltwirtschaft erleiden würden. Es würde darüber schließlich doch nur der Zwang entstehen, unter viel größeren Opfern nachträglich die Rationalisierung einzuleiten. Er verwies auch auf die Äußerung der Führer der deutschen Arbeitgeber, die erklärten, daß sie kein Geld zur Rationalisierung hätten, darum müßten sie längere Arbeitszeit fordern und das deutsche Volk müsse den Mut zur Armut haben und sich mit niedrigeren Löhnen abfinden. Gegenüber dieser Äußerung des Herrn von Borsig proklamierte er die Forderungen der Gewerkschaften, nicht längere Arbeitszeit, nicht Herabsetzung der Löhne, sondern Umgestaltung des Produktionsprozesses, um der Weltkonkurrenz begegnen zu können. Er verlangte insbesondere für die Stärkung des Inlandmarktes Steigerung der Löhne und ausreichende Unterstützung für die Opfer der Rationalisierung, insbesondere die Ausdehnung der Krisenfürsorge. Diese Ausführungen wurden mit starkem Beifall von dem Verbandstag aufgenommen.

Kollege Hauelsen konnte am zweiten Tage in seinem Schlußwort betonen, daß im allgemeinen Zufriedenheit mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes herrsche. Gegenüber den Beschwerden weiblicher Mitglieder auf stärkere Heranziehung zu ersten Funktionärposten, verlangte er die stärkere Beteiligung der Frauen an der Kleinarbeit. So lange diese nicht erfolge, würde eine besondere Bevorzugung ein Vorrecht und nicht gleiches Recht bedeuten. Auch die übrigen Berichterstatter konnten sich auf kurze Schlußworte beschränken. Anträge waren zu den Geschäftsberichten nicht erfolgt. Es erfolgte die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg. Die Anträge auf Herbeiführung des Industrieverbandes wurden durch eine Erklärung des Verbandsvorsitzenden für erledigt erklärt. Die Vertrauenskundgebung für die Verbandsleitung hatte folgenden Wortlaut:

„Mit voller Befriedigung erkennt der Verbandstag die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und die gutgestellten Kassenverhältnisse an, er dankt dem Verbandsvorstand für die ausgezeichnete Geschäftsführung.“

Den durch eingetretene Inaktivität aus dem Dienst des Verbandes ausgeschiedenen Kollegen Lange (Dresden), Walther (Leipzig) und Hemminger (Stuttgart) spricht der Verbandstag für ihre langjährige erfolgreiche Tätigkeit den Dank aus. Der Verbandstag wünscht ihnen zum Abschied einen frohen Lebensabend.“

In besonderer Abstimmung wird dann noch dem Kassierer gegen vier Stimmen Entlastung erteilt, wobei die Vertreter der Opposition die Erklärung abgaben, daß sie die ordnungsgemäße Führung der Kassengeschäfte anerkennen, aber mit der Verwendung der Verbandsgelder durch die Verbandsleitung nicht einverstanden seien. Dann wurde noch beschlossen, daß der Angestelltenrat beibehalten werden soll, und gemäß dem Antrag des Verbandsausschußvorsitzenden wurde ein Antrag einstimmig angenommen, den noch immer arbeitslosen Opfern der Bewegung in Brieg eine sofortige Unterstützung zukommen zu lassen.

Im Anschluß wurde Punkt 2 der Tagesordnung beraten, der die Beitragsfestsetzung und die Unterstützungseinrichtungen betraf. Der Kassierer, Kollege Lender, hielt dazu den einleitenden Vortrag. Er verwies auf die Belastungen der Verbandskasse infolge der Krisen und verlangte, daß zur Durchführung höherer Unterstützungseinrichtungen unbedingt ein höherer Beitrag notwendig sei. Nach einer ausführlichen Debatte, in der 33 Delegierte zum Wort kamen, ergab die Abstimmung die Ablehnung jeder Beitragserhöhung mit großer Mehrheit; ebenso wurde die Einführung von Pflichtbeiträgen während der Arbeitslosigkeit und Krankheit abgelehnt. Eine Kommission wurde nun beauftragt, auf Grund dieser Entscheidung die gestellten Anträge durchzuarbeiten.

## Rundschau.

### Wohin fließen die Krankenkassenbeiträge?

Für das Jahr 1927 hat das Statistische Reichsamt jetzt Zahlen über die Einnahmen und Ausgaben der reichsgesetzlichen Krankenkassen veröffentlicht. Diese Angaben erfassen zunächst nur 5377 Krankenkassen mit 14,7 Millionen Versicherten, geben aber bereits eine gute Übersicht über die Verhältnisse bei den Krankenkassen.

Nach den vorliegenden Berichten sind die Beitragseinnahmen um etwa 12 Proz. auf 1490 Millionen RM. gestiegen.

Von dieser Summe wurden ausgegeben für: Krankenhilfe, also für ärztliche Behandlung, Arznei, Heilmittel, Krankenhauspflege, Krankengeld 1 219 Mill. RM., für Wochenhilfe 65 851 000 Reichsmark, für die Verwaltung 95 Mill. RM.

Von der Einnahme entfielen also: auf Krankenhilfe 82,4 v. H., auf Wochenhilfe 4,5 v. H., auf Verwaltung 6,4 v. H.

Der Überschuß ist für den gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds verwandt worden.

Wenn auch das Statistische Reichsamt zunächst nur ein Teilergebnis über die Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen veröffentlicht hat, so zeigt es doch, daß die Mittel von den Kassen den Versicherten durch Leistungen wieder zufließen. Die Ergebnisse widerlegen aber auch wieder, daß die Verwaltungskosten der Krankenkassen mit 6,4 Proz. eine Höhe erreichen, die jeder Kritik standhalten wird.

### Gründung einer deutschamerikanischen Industriebank.

Die Gründung internationaler Finanzinstitute macht immer weitere Fortschritte. In der Vorkriegszeit hat man etwas derartiges nicht beobachten können. Jetzt bestehen zahlreiche Finanzgesellschaften, sogenannte Investment Trusts, die sich zur Aufgabe machen, gegen Übernahme von Effekten ausländische Kredite zu übermitteln. Seit längerer Zeit wird bereits zwischen amerikanischen und deutschen Banken über die Gründung einer großen deutschamerikanischen Industriebank verhandelt. Das neue Institut soll mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mk. ausgestattet sein. Es will seine weiteren Mittel dadurch beschaffen, indem es Bonds ausgibt und diese in Amerika zur Zeichnung auflegt. Aufgabe der Bank soll es sein, die deutsche mittlere und kleinere Industrie sowie Handels- und Verkehrsunternehmen mit langfristigen Anlagekrediten zu versorgen. An führender Stelle steht die International Germanic Trust Co., New York, die in Berlin eine Geschäftsstelle unterhält. Auch die neueste Gründung dient dazu, das Netz der internationalen Kapitalverschachtelung enger zu gestalten.

### Die gewerkschaftliche Lohnpolitik ein Segen für die Wirtschaft.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften wird im Wirtschaftsprogramm der liberalen Partei in England objektiv und sehr gerecht beurteilt. Über die Wirkung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik wird folgendes gesagt:

Es liegt im Interesse der Industrie, daß auf sie ein ständiger Druck ausgeübt wird, die Löhne zu steigern, weil dies die Betriebsleitung antreibt und ihre produktive Tüchtigkeit vermehrt. Der Druck der Gewerkschaften hat in England dieselbe Rolle gespielt wie in Amerika die Knappheit der Arbeit und der hohe Preis, den die Arbeit deshalb erlangen konnte; er hat die Arbeitgeber gezwungen, nach Mitteln zu suchen, um die Produktion zu verbilligen, um Verschwendung zu vermeiden. Wären die Unternehmer frei gewesen von diesem Drucke, so würden sie wohl zu der leichteren, aber rücksichtlicheren Methode gegriffen haben, nämlich die Löhne niedrig zu halten. Wir wollen hoffen, daß nicht nur zum Besten der Arbeiter, sondern zum Wohle der Industrie dieser Druck auf die Unternehmer höhere Löhne zu zahlen, niemals aufhören wird.

### Was trinkt die Arbeiterschaft während der Arbeitszeit.

Auf der Ausstellung „Die Ernährung“ zeigte die AEG. neben anderen an Hand von Schaubildern den Getränkeverbrauch pro Jahr in ihrer Fabrikantenne der Fabriken in der Brunnenstraße. Dort sind rund 10 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Der Gesamtverbrauch an Getränken betrug im vorigen Jahre 3 825 000 Flaschen. Von den einzelnen Getränkearten wurden von der genannten Fabrikantenne abgegeben: Kaffee 2 229 000 Flaschen, Bier 535 000, Tee 482 000, Milch 284 000, Selter 224 000 und Limonade 71 000. Der prozentuale Verbrauch an Getränken war also folgender: Kaffee 58,3, Bier 14,0, Tee 12,6, Milch 7,5, Selter 5,8 und Limonade 1,8 Proz. Hieraus geht hervor, daß 86 Proz. alkoholfreie Getränke ausgegeben wurden. Weit aus erster Stelle steht der Verbrauch an Kaffee. Milch wird nur die Hälfte der Menge getrunken als Bier. Es wäre für die Volksgesundheit besser, wenn der Milchverbrauch größer wäre. Den bildlichen Darstellungen ist auch ein Schaubild beigegeben, welches den Bierkonsum an den einzelnen Wochentagen zeigt. Der Bierverbrauch ist am geringsten am Mittwoch, dem letzten Tage vor der Lohnzahlung. Der Mittwochverbrauch gleich 100 gesetzt, ergibt folgende Verteilung des Wochenquantums: Montag 156, Dienstag 137, Mittwoch 100, Donnerstag 123, Freitag 222, Sonnabend 218. Die Lohnzahlung findet am Donnerstag statt. Am Freitag ist der Bierverbrauch mehr als doppelt so hoch wie am Mittwoch. Erwähnt werden mag noch, daß sonderbarerweise der Getränkeverbrauch im Winterhalbjahr höher ist als im Sommerhalbjahr. Im Winterhalbjahr wurden 2 054 000 Flaschen verbraucht und im Sommerhalbjahr 1 791 000. Im Durchschnitt werden pro Mann und Jahr an Getränken in der Kantine in der AEG. 38,25 Flaschen verkauft.

# Feuilleton.

## Stundenweise vermietete Zeitungen.

Eine kulturhistorische Studie.

Von Kurt Offenburg.

Es gab wohl kaum ein beschwerlicheres Gewerbe, als der Newsmen, d. h. der Neuigkeitshändler, die in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Weltstadt London ihr Handwerk trieben. Dazumal konnte noch nicht jeder gewöhnliche Bürger sich seine Morgenzeitung und Abendblatt leisten, denn die Zeitungen waren noch kein billiges Volksmittel. Dafür aber gab es Leute, die die Zeitungen leihweise gegen Entgelt ins Haus brachten.

Schon beim Morgengrauen stehen sie vor den Druckereien, aus deren Keller der dumpfe Donner der Dampfmaschinen und Druckerpressen rollt, und warten ungeduldig auf die Fertigstellung und Ausgabe der Morgenzeitungen. Hat der Newsmen seine kostbare Last endlich unter dem Arm oder auf dem Rücken, so rennt er los und läßt seine Habe auf den Weg fallen, wie der Fachausdruck lautet. Entscheidend bei diesem Handwerk ist die Schnelligkeit, denn schon eine Stunde nach Beendigung des Drucks, müssen die Zeitungen in den Händen der neuigkeitshungrigen Leser sein, und mögen sie an der Peripherie der Metropole wohnen.

Etwa um 8 Uhr ist der Newsmen mit dem Ausstragen seiner Zeitung fertig, nun aber beginnt eigentlich erst das Geschäft: er besucht seine Kunden, die nicht abonniert sind und die Zeitung nur leihweise für eine einzige Stunde erhalten. Das kostet zwar nur einen Penny, aber gegen einen höheren Preis können die Leser die Zeitung auch länger mieten. Dreißig bis vierzig Zeitungen setzt ein einzelner Newsmen in Umlauf und klopft so an einem einzigen Tage an sechzig, hundert und noch mehr Häuser an. Nachmittags werden die Blätter dann wieder eingesammelt, um mit der Post an die Abonnenten in der Provinz gesandt zu werden.

Nun beginnt die zweite Tour: die Ausgabe der Abendblätter. Sie erfordert wieder die ganze Aufmerksamkeit des Newsmen, dieser flinken und geplagten Burschen, die während sechs Monaten des Jahres — wenn die Parlamentsitzungen stattfinden — überhaupt nicht zur Ruhe kommen, weil sie stets auf dem Sprünge sein müssen, auch noch die zweite Ausgabe der Abendblätter an ihre Kunden zu verteilen.

Bei diesem Zeitungsvermieten gibt es dann die komischsten Szenen. Der Newsmen erscheint nach einer Stunde, um seine Zeitung wieder abzuholen und seinen Penny zu kassieren. Der Mieter aber, etwas phlegmatisch und noch nicht ganz ausgeschlafen, behauptet hartnäckig, daß erst eine halbe Stunde seit Ablieferung der Zeitung vergangen sei. Er läßt den Newsmen sagen, daß er warten oder später wiederkommen solle. — Ein anderer Kunde, ein Stocktor, liest gerade die Rede „seines“ Abgeordneten und freut sich, wie die Whigs eine Abfuhr erhielten — da kommt die Haushälterin und sagt, daß der Newsmen seine Zeitung wiederhaben wolle und nicht länger warten könne. Der Herr wird wütend, denn er muß nun noch einmal die ganze Parlamentsrede von neuem lesen; die Haushälterin läßt ihre Wut wieder auf

den Newsmen ab, dieser flucht und krakeelt, daß der Herr eben jetzt zwei Pence statt einen Penny zahlen müsse. — Inzwischen wartet ein dritter Kunde auf die Zeitung, der auch auf den Parlamentsbericht neugierig ist. „Wo bleibt heute der verfluchte Newsmen wieder?“, fragt er seinen Diener. Erscheint dann endlich mit einigen Minuten Verspätung der Vielgeplagte, fährt ihn der alte Junggeselle an: „Ich will meine Zeitung pünktlich auf die Minute! Wollt Ihr nicht, so kann sie mir ein anderer bringen.“ Der Newsmen will aufklären, sich entschuldigen — aber der Mieter, der einen Penny zahlt, findet es unter seiner Würde, den Newsmen anzuhören.

So haben die Newsmen fast täglich die Ungeduld und schlechte Laune ihrer Kunden zu erdulden. Und wenn sie sich auch von morgens bis abends abhetzen, täglich fast zwanzig englische Meilen zurücklegen, ob es regnet oder schneit, die Sonne glüht, daß das Pflaster siedet, Nebel herrscht, daß die Hand vor dem Gesicht nicht zu sehen ist, immer sind die Newsmen unterwegs. Und der Gewinn? Gerade genug, um sich das tägliche Brot zu ergattern, denn die vielen neuen Stiefel, die Verluste, die durch Borgen kommen, und übriggebliebene und nicht absetzbare Exemplare müssen in Rechnung gestellt werden.

Es soll einmal vorgekommen sein, daß die Newsmen über die verspätete Zeitungsausgabe so in Wut gerieten, daß Setzer und Redakteure, um die Zürnenden zu beschwichtigen, keinen anderen Rat wußten, als die letzte Spalte mit irgendeinem Satz zu füllen, nur, damit die Zeitung fertig wurde. Dem Publikum allerdings waren die sinnlos zusammengewürfelten Fetzen ein Rätsel, und erst in der nächsten Nummer konnte der Herausgeber die Auflösung dazu geben. Sonst werfen die Newsmen bei verspätetem Druck im allgemeinen nur die Fensterscheiben ein, denn für sie hat das Sprichwort „Time is money“ jene letzte Gültigkeit, die sonst dem Armen unbegreiflich bleibt.

## Das Kind und der Beruf des Vaters.

Kinder erleben mehr, als man im allgemeinen glaubt, den Beruf ihres Vaters mit. Das zeigen uns Aufsätze, die man in Österreich von Schulkindern über Helden des Friedens hat schreiben lassen. An 20000 Kindern machte man dieses Experiment, das nicht nur den ausgesprochenen Friedenssinn des Kindes beweist, sondern zugleich zeigt, wie eng seine Welt mit der des Vaters verwachsen ist.

Immer wieder wurden von den Kindern die Helden des Friedens dem Berufsleben des Vaters entnommen. Das Berufsleben des Vaters ist ein Stück Welt, das dem Kinde am nächsten liegt. Die Arbeit des Vaters bindet das Kind mit der großen Welt.

Manchen Kindern waren sogar technische Ausdrücke, Fachbezeichnungen, in überraschender Weise bekannt. Sie kannten die sozialen Verhältnisse, die Berufsgefahren, die Bedeutung der Arbeit. Bei vielen Kindern fand sich das Wissen vom väterlichen Berufe mit einer schönen Phantasie über soziale, menschliche Aufgaben und Ziele.

Die Untersuchung regt dazu an, das Kind bewußt teilnehmen zu lassen am schaffenden Leben und aus diesem schaffenden Leben heraus den Sinn des Kindes praktisch zu pflegen für alles Große und Hohe, das das Dasein einmal von ihm verlangt.

## Vom Büchertisch.

Warum gibt es so viele kranke Frauen? Von Hermann Wolf. Verlag Volksgesundheit Dresden. Preis 50 Pf.

Warum gibt es so viele kranke Frauen? ist eine Frage, die oft gestellt wird. Im vorliegenden Schriftchen wird sie ausführlich beantwortet. Der Verfasser gibt darauf eine fünffache Antwort: 1. Weil es so viele kranke Kinder, kranke Mädchen gibt. 2. Weil so viele Mädchen und Frauen eine bewegungsarme Lebensweise führen müssen. 3. Weil an viel Frauen zu große Anforderungen in geschlechtlicher Beziehung gestellt werden. (Zu häufige Schwangerschaften) 4. Weil so viele Mädchen und Frauen von geschlechtlichen Männern angesteckt werden. 5. Weil so viele Mädchen und Frauen sich zu sehr abrackern müssen.

Überzeugend weist der Verfasser nach, daß diese Umstände hauptsächlich in unser kapitalistisches Gesellschaftsordnung begründet sind und darum nur durch die Beseitigung derselben im Sinne des Sozialismus beseitigt werden können.

Nervenschwäche, die Krankheit unser Zeit. Ihre Ursachen, Verhütung und Behandlung. Von Dr. med. Karl Hermann. Verlag: Verband „Volksgesundheit“, Dresden-A., Am Schießhaus 17. Preis 50 Pf.

Die verbreitetste Krankheit ist die Nervenschwäche. Man kann wohl annehmen, daß die reichliche Hälfte aller zivilisierten Menschen an dieser Krankheit mehr oder weniger leidet. Sie ist die Krankheit unserer Zeit und hauptsächlich in unsern sozialen Verhältnissen begründet. Mangel an Bewegung, Unter- oder Überernährung, Alkoholismus, geschlechtliche Ausschweifung, übermäßige Arbeit und wirtschaftliche Sorgen sind die Hauptursachen dieser Krankheit. Ihr Wesen besteht in einer Erschöpfung der Nervenkraft. Wie dieser Erschöpfung zu steuern ist und, wenn sie eingetreten ist, beseitigt werden kann, ist in dem Schriftchen eingehend erläutert.

Bismarck und Lassalle. Von Gustav Mayer. Ihr Briefwechsel und ihre Gespräche. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68.

Bismarck und Lassalles Briefwechsel, seit Jahrzehnten verloren geglaubt, ist aufgefunden und tritt hier zum erstenmal in die Öffentlichkeit! Zum erstenmal durchdringt so das Tageslicht der historischen Erkenntnis das dicke Gestrüpp der Legende, das sich um die viel umstrittenen Beziehungen zwischen dem großen Staatsmann und dem großen Agitator gelegt hatte. Es ist von höchstem psychologischen Reiz, auf Grund dieser Briefe, die vielfach Äußerungen angeführt, die in mündlicher Unterredung fielen, die denkwürdigen Unterhandlungen aufliegen zu sehen, in denen die beiden ebenbürtigen Repräsentanten großer historischer Kräfte jeder den anderen für seine Zwecke ausnutzen, jeder dem anderen beweisen wollte, daß er — wie Bismarck es aussprach — länger mit dem Teufel Kirchen essen konnte. Eine historische Einführung von Professor Gustav Mayer, dem Herausgeber des Lassalleschen Nachlasses, zeichnet unter Benutzung der Akten des Preussischen Staatsministeriums die Beziehungen des großen konservativen Reichstagsabstimmers und des Begründers der Sozialdemokratischen Partei so wie sie sich nunmehr nach Erschließung der Quellen darstellen.

Das neue China und seine Kämpfe. Von C. Malone. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14, Inselstr. 6. Preis 5 Mk., für Organisationsmitglieder 3,50 Mk.

Der Verfasser, der vor kurzem China bereist, gibt in seinem Buche ein Bild der zahlreichen, meist neuen, industriellen Unternehmungen in China, die teils in chinesischem, teils in ausländischem Besitze sind. So lehrreich wie die Darstellung der modernen Industrieunternehmungen Chinas ist, so erschütternd sind die Schilderungen von der Not und den Leiden der Volksmasse, der Bauern wie der Industriearbeiter. Die letzteren haben in den vergangenen Jahren — zumist unter der Führung von Studenten — den Gedanken der modernen Erwerbschaftsorganisation aufgegriffen und diese Organisationen spielen neben den Genossenschaften der Bauern und den Vereinigungen der modernisierten Frauen auch im politischen Leben und im nationalen Freiheitskampfe des Landes eine hervorragende Rolle. Die Schilderungen Malones sind gerade jetzt, wo die inneren chinesischen Kämpfe wieder an einem entscheidenden Punkt angelangt sind, außerordentlich zeitgemäß: zeigen sie doch sowohl die Ursachen als auch die sozialen Triebkräfte, die hinter diesen Kämpfen stehen. Die historische-politische Einleitung des Übersetzers, F. J. Furtwängler, beschreibt die Geschichte des Eindringens der fremden Mächte und ihres Kapitals in China, den Sturz der Mandschynastie und die Entstehung der Republik 1911, die Erhebung Chinas seit dem Weltkrieg, die Wirksamkeit Sun Yat Sen und der Kuo Min Tang oder Volkspartei, den jetzigen Kampf der chinesischen Generale gegeneinander u. a. m., — wodurch das gut ausgestattete und reich illustrierte Buch für jeden Zeitungsleser zu einem nützlichen Kommentar der gegenwärtigen Vorgänge in China wird.

WIR SUCHEN:

# 1 Autophotograph 1 Strichzähler.

der auch kopiert,

Junge tüchtige Kräfte, denen daran gelegen ist, sich selbständige Dauerstellungen zu schaffen, wollen ausführliche Angebote mit Lohnforderung einreichen.

Margraf & Fischer, Mainz, Weihergarten 12.

Für sofortigen Eintritt

# tüchtige Farbenzähler u. Autotypie-Photographen

bewandert in Kollodion und Emulsion,

gesucht. Briefe mit Gehaltsansprüchen, Alter, Zeugnisabschriften und Mustern an

L. van Leer & Co., Amsterdam.

## Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

## Ia Auswaschtinktur Zinkzitsalz D. R. P.

## Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

## sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50 Fernspr. Morf. 12229

**Tüchtige Maschinenmeister und Lithographen**

die bereits in Keramik gearbeitet haben, in Dauerstellung gesucht.

E. Wunderlich & Comp., Aktiengesellschaft, Waldenburg-Altwasser (Schlesien).

**Für Graphiker!**

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt:

Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Werdegang des Holzschneittes — Strichzählungen — Autotypien — Galvanos und Stereotypen. — Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. — Praktische Maßangaben. — Die Wirkung illustrierter Insetate. — Strichzeichnung mit Rasterkombination. — Positiv-Retusche. — Farbenklischees. — Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache. — Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 3. — RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8.

**Fachliteratur**  
Der Filmlichtdruck von Otto Neubert. Preis inkl. Nachnahme 1,70 RM. Conrad Müller, Schkeuditz Leipzig.